

Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Postämtern angenommen. Im Umkreis der Zeitungsgeschäfte unter Angabe der Zeitung eingetroffen. Für unversandt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion gestattet. Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Karte Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7. späteste Kolonnenzeit oder deren Raum mit 30 Pf. berechnet und in unseren Annoncenstellen und allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mt. Inhalt der Anzeigen-Annoncen norm. 11 Uhr, für die Sonntagsnummer ebenfalls 11 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Ersch. tgl. 2mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Dr. Brauhauptstraße 17. Neben-Geschäftsstellen: Markt 24 und Dr. Ulrichstraße 52.

Nr. 26.

Halle, Mittwoch, den 16. Januar

1918.

Weitere erfolglose Angriffe der Italiener.

Feuerkämpfe im Westen. — Ein neues ungarisches Kabinett Wekerle in Sicht.

Eine Erklärung der Frau Caillaux.

Der geheimnisvolle Kassenschrank in Florenz. — Caillaux zeigt Gleichgültigkeit gegenüber seiner Verhaftung.

Halle, 16. Januar. (Priv.-Tel.) Madame Caillaux läßt in verschiedenen Mitternächten die folgende Erklärung veröffentlichen:
Die erlogte Verhaftung meines Mannes ist mir unerklärlich und ich weiß nicht, ob sie auf die Deffnung eines Kassenchranks zurückzuführen ist, den wir in Florenz hatten und der offenbar auf Antrag der französischen Jüdischen von den Italienern geöffnet wurde. Sicherlich kann aber der Inhalt dieses Schrankes nicht einschließend sein, denn er enthielt nur Silber und Schmuckgegenstände unserer Familie sowie Inhaberpapiere, die mir oder meinem Mann gehören. Wir haben diese Werte gegenwärtig im August 1914 aus den Pariser Banken weggenommen, wo sie sich befanden. Damals handelte es sich um die Versteigerung eines Kassenchranks, der auf 50 000 Francs, der Wert der Wertpapiere auf 300 bis 500 000 Francs geschätzt werden, je nach dem Kurs. Mein Mann hat bei der Steuerdeklaration diese Werte auch an-

gegeben und auch sonst von dem Vorhandensein kein Geheimnis gemacht. Gegenüber dem Untersuchungsrichter hat Caillaux gleichfalls kein Geheimnis aus dem Vorhandensein dieser Werte gemacht. Er selbst hat den Schrank im Oktober 1916 zum letzten Male geöffnet, also mehrere Monate vor der Zeit, wo er in Rom konspiriert haben soll. Es läßt sich dies sehr leicht aus den Büchern der Bank in Florenz feststellen. Im übrigen muß ich mich sehr über die Deffnung des Schrankes wundern, denn es ist vorgefallen, daß die Deffnung nur im Besitze meines Mannes vorgenommen werden durfte.

Caillaux soll bei seiner Verhaftung größte Gleichgültigkeit gezeigt haben. Er bewohnt eine gewöhnliche Zelle. Nach einer Mitteilung des „Journals des Debats“ wurde die Verhaftung infolge eines diplomatischen Zwischenfalls der italienischen Regierung beschloffen. Diese Mitteilung wird in der nächsten Zeit veröffentlicht werden.

Eine gewisse Annäherung.

Der amtliche Draht verkündet uns, daß die von den Vertretern der Zentralmächte und Rußlands in Brest-Litovsk gebildete Kommission ihre Beratungen über die Fünfmächtefrage fortgesetzt hat und daß „in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt“ werden kann. Worin diese „gewisse Annäherung“ besteht, ist bis zur Stunde noch nicht klar. Nur so viel ist klar, daß die Verhandlungen weiter im Schneltempo ihren Fortgang nehmen. Der Optimismus, der in den letzten Dezembertagen auch im deutschen Volkswesen verbreitet war, hat sich längst als unberechtigt und verfrüht erwiesen. Die ohnehin schon vorhandenen gewissen Schwierigkeiten haben sich inzwischen bedeutend erhöht. Herr Trost hatte sich nach den Anfangserfolgen seiner Vertreter in Rußland als diplomatischer Sieger gefühlt und ausgespielt. Er glaubte, durch seine persönliche Anwesenheit in Brest-Litovsk die ihm gewährten Konzessionen erweitern zu können, und ist jetzt sehr enttäuscht, nachdem sich seine phantastischen Erwartungen nicht erfüllen. In der Zukunft hierüber zu erwartende Mitteilungen laßt er von sich abgucken und gegen den Verdacht zu leiden. Deshalb betont er stärker denn je seine bolschewistischen Neoloyalitäten, mit denen er ganz Europa erfüllen möchte. Seine Demotriebe aber im eigenen Lande kommt in Ferfall, ehe sie überhaupt ihre Wirksamkeit begann. Die wiederholte Anwesenheit des zukünftigen Reichspräsidenten, die in der letzten Sitzung von unzureichenden Mandaten zu dieser gelegentlichen Körperlichkeit, die Unterdrückung einer jeden von den bolschewistischen Ansichten abweichenden Meinung — das und manches andere beweist, daß die Petersburger Diktatoren keine Volkstriebe der Demokratie zu treiben gewillt sind, sondern rein persönliche Machtziele. Die herrschenden Verlogen in Rußland sind andere geworden, die in Anwendung gebrachten Methoden sind die gleichen geblieben. Die zaristische Regierung konnte kaum willkürlicher verfahren, wie die Regierung, die sich um die bolschewistischen Lenin und Trotzki gebildet hat. Das System der Gewalttätigkeit möchte die Rußen auch in Brest-Litovsk in Anwendung bringen, um außenpolitisch auf die inneren Zustände Rußlands einwirken zu können. Es wäre Tölpel, heute noch zu verkennen, daß die Rußen die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk weiter führen, nicht um des Friedens willen, sondern lediglich deshalb, weil sie sehr richtig von positiven Erfolgen eine Stärkung der eigenen Stellung im russischen Parteikampf erwarten. Ohne Schmerz werden die Vertreter des Bierbundes sicherlich darüber hinweggehen, daß die Rußen — offenbar auch ein Kampfmittel der bolschewistischen Diplomatie — nicht mehr mit ihnen am gleichen Tische das Mittagessen einnehmen. Und wenn ein Teil der russischen Delegation unter Kamenski die deutsche Erlaubnis einer Reise nach Warschau dazu benutzte, um sich dort einen solchen Tisch zu holen, so daß der zur Verfügung gestellte Extrazug stundenlang warten mußte, während in Rußland selbst der Alkohol hettlerweise vernichtet wird, so braucht uns das nichts weiter als eine Illustration zu der russischen Theorie und Praxis zu sein. Die späte Dialektik Trozki's wird scheitern, wenn die Uebereinstimmung, die deutsch-englischen Heeresleitung und Regierung erneut betont wird, praktisch auch in Brest-Litovsk zur Geltung kommt. Nach einem tagelangen Tobwuhoh, das über die Kriegsziele im Westen und Osten lag, kann jetzt gemeldet werden, daß die Instruktionen des Staatssekretärs von Kühlmann in Brest-Litovsk, den einzelne Blätter fälschlich auf die Heimreise geschickt hatten, keinerlei Minderung erfahren haben. Das drückt sich nunmehr offensichtlich auch in einem schnelleren Fortgang der Verhandlungen aus.

Das „keine Änderung“ in der deutschen Haltung gegenüber den westlichen Kriegsziele eingetreten ist, kann dagegen nicht gemeldet werden, obwohl gerade die mit diesem Problem in den letzten Tagen zusammenhängenden Fragen überreichliche Erörterung gefunden haben. Es gewinnt den Anschein, als ob diejenigen Kreise einen gewissen Erfolg errungen haben, die der Meinung sind, daß Deutschland nur für den Westen freie Hand habe. Vereinzelt wird darauf hingewiesen, daß Hindenburg und Ludendorff die Verantwortung für weitere Opfer ablehnen könnten, wenn die Regierung sich nicht von einem Verzichtstreben abwandte. Klarheit hierüber bringt hoffentlich die am einige Tage nachherige Rede des Reichskanzlers, die auch zugleich eine Antwort auf die Reden Wilsons und Lloyd Georges darstellen soll. Es kann nicht dringend genug gefordert werden, daß endlich einmal der Marsch im Dunkel aufgehört. Die ständigen, in immer kürzeren Zwischenräumen wiederkehrenden „Krisen“ kleineren oder größeren Umfangs

Familiärer Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 16. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Bei und südlich Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte; südwestlich von Dries wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach mehrstündiger Feuerwirkung trafen französische Abteilungen nördlich von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere Gräben ein.

Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den oberen Wogen Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen erhöhte Geschütztätigkeit.

Italienische Front.

Zwischen Vercina und Piave vielfach lebhafteste Feuerkämpfe, mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Alonzo. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich von Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In dem Piaccaschritt nördlich von Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

U-Boot-Erfolge im Mittelmeer.

Englischer Zerstörer und ein vollbesetztes Truppen-Transporterschiff versenkt.

Berlin, 15. Januar. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer: ein englischer Zerstörer und 24 000 Fr. H. A. Handelsfahrtsraum.

Am 30. 12. hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant S. D. Bernhiller, vor Melandrien einen großen bewaffneten französischen Zerstörer und Transporter zerstört. Die Besatzung wurde gefangen.

vollbesetzten Truppentransporter versenkt

und darauf in seinem Angriff den Zerstörer der Sicherung „H. 05“ durch Torpedozerstörer vernichtet. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bzw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transporter mit einer etwa 5000 Tonnen, sowie zwei mittelgroße Transporter, die aus Gelaßingen herausgeschossen wurden. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Bolschewistischer Diplomat in Japan.

WTE. Kōjin, 16. Jan. Die „Kōjin Jū“ melde von der Schweizer Grenze: Ein junger Russe, der früher in Japan studierte, traf in Tokio ein und teilte seine Ernennung zum russischen Botschafter mit. Die japanische Regierung lehnte ab, den maximalistischen Gehalten anzuerkennen. Der bisherige russische Botschafter weigerte sich, das Amtsgedäude zu verlassen.

Annäherung der Gewerkschaften?

Basel, 16. Jan. (Priv.-Tel.) „Daily News“ melden: Die englische Trade Union wird auf der neuen internationalen Konferenz der sozialistischen Parteien zum Studium der Friedensfrage, die am 20. Februar in London zusammentritt, die Wiederaufnahme direkter Beziehungen zu den feindlichen Gewerkschaften und die Formulierung eines eigenen Friedensprogramms vorschlagen.

Italienischer Protest gegen die Reden Wilsons und Lloyd Georges.

Rotterdam, 16. Januar. (Priv.-Tel.) Die „Times“ melden aus Rom: Sämtliche Parteien der Kammer, mit Ausnahme der Sozialisten, überreichten der Regierung ein Memorandum gegen die Auserkennung der italienischen Forderungen in den Reden von Lloyd George und Wilson.

Rumäniens Gesandter in Petersburg verhaftet.

Einspruch der Entente-Diplomaten.

Stockholm, 13. Januar. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Petersburg wurden der rumänische Gesandte Diamantini und des Regional der Gesandtschaft gestern abends auf Befehl der Bolschewisten verhaftet und in der Peter-Pauls-Kirche interniert. Die Ursache sei unbekannt. Die Verhaftung habe große Erregung hervorgerufen. Da aus Anlaß des Jahreswechsels kein Blatt erschien, ist sie nicht allgemein bekannt geworden. Das diplomatische Corps, auch das neutrale, sei von Dogen, dem amerikanischen Botschafter Francis, dringend zusammenberufen, um Einspruch zu erheben.

Umbildung des ungarischen Kabinetts.

Budapest, 15. Jan. (Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureaus.) Nach Blättermeldungen dürfte sich in der nächsten Zeit eine Umbildung des Kabinetts Wekerle vollziehen, und zwar in der Form, daß die gesamte Regierung ein Rücktrittsgesuch überreicht und Wekerle mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Der Ministerpräsident dürfte am Donnerstag vor dem König in Audienz erscheinen und ihm Rücktrittsgesuche unterbreiten.

ermäßen das Volk und erzeugen Notleid, die heute mehr noch als bisher vermieden werden sollte. Graf Hertling, der nach einem Hinweis auf seine geschäftliche Gemeldete „politische Erkrankung“ von sich selbst gesagt hat: „Ich habe mich noch nie gefühler gefühlt“, kann diesen erfreulichen Zustand seiner Gesundheit nicht helfen anzuwenden, als wenn er klarheit nach innen und außen schafft. Der Beweis dafür, daß Hertling „eine gewisse Annäherung“ nicht nur in Breslau-Litowitz, sondern auch in Berlin — gefunden worden ist, wird dankbare Aufnahme finden. C. H.

Kanzlerrede am Freitag.

Berlin, 16. Januar. Zu dem Ausgange der letzt-tägigen Vorträge, zu denen Hindenburg und Ludendorff nach Berlin gekommen waren, erklärt die „Germania“, am wenigsten davon überrascht zu sein. In der Politik, sagt sie, ist nichts Bedenklicher als das Schwanken, und Graf Hertling ist nichts weniger als ein schwankendes Rind. Der Reichstag weiß was er will und was er für das Vaterland erstrebt. Die Frage der Grenz-sicherungen aus strategischen Gründen ist auch nicht erit in diesen Wochen geboren. Es ist nur eine Selbst-verständlichkeit, wenn wir hierin beständig leben, daß unsere Reichsleitung ebensowenig wie die Krone daran denken können, Deutschlands Kriegszustand durch Unbeständigkeit zu erschüttern.

Die „Morgenpost“ sagt, es dürfte ohne jede Schönfärberei gesagt werden, daß in allen Fragen zwischen der poli-tischen und militärischen Leitung Einigkeit herrsche. Man könne nur hoffen, daß noch der allgemein begründeten Entspannung der innere Frieden so bald nicht wieder gefährdet werden wird.

Wie der „N.“ von parlamentarischer Seite erzählt, nimmt man in Abgeordnetenkreisen an, daß der Reichs-kanzler am Freitag im Hauptsaal des Reichstages seine angekündigte Rede halten will.

Die Zuersticht für 1918.

In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses teilte Präsi-dent Graf von Arnim-Boitzenburg mit, daß dem Kaiser auf ein Neujahrstelegramm eine Antwort eingegangen ist, in der es heißt:

Gott sei Dank können wir mit Zuersticht einem siegreichen Ende des Vorkriegens im neuen Jahre entgegensehen.

Nur eine kleine Finanzreform.

Wie die „T.“ hört, hat die neuen Steuerentwürfe, die noch im Laufe dieses Monats dem Bundesrat zugehen werden im Februar, spätestens im März im Reichstage zu erwarten. Ursprünglich war beabsichtigt, im Sommer dieses Jahres die große Reichsfinanzreform vorzu-nehmen und bis dahin keine neue Steuerentwürfe zu bringen. Mit Rücksicht darauf aber, daß sich das Ende des Krieges einfinden noch nicht absehen läßt, hat man sich entschlossen, ein paar neue Steuern vorzunehmen. Ueber verändertes Kaiserliche einstimmen trennendes Schweigen bewahrt. Einmal, die nun dafür, was sie bringen werden, bietet nur der Umstand, daß die Finanzminister der Bundesstaaten, die vor kurzem in Berlin mit dem Reichs-schlichter beraten haben, unter sich durchaus einig sind. Ob dieselbe Einigkeit zwischen den Finanzministern und dem Reichs-schlichter bestehen wird, mag dahingestellt bleiben. Die Finanzminister aber sind von dem einmütigen Wunsche befeuert, daß weitere Eingriffe des Reiches in die Finanzhoheit der Bundesstaaten unterbleiben.

Territoriale Fragen in Breslau-Litowitz.

Breslau-Litowitz, 15. Januar. Heute fanden weitere Vorträge der deutsch-österreichisch-ungarischen-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig noch harten Auseinandersetzungen in den Aufstellungen der beiden ver-handelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

Preussens Budget für 1918.

Berlin, 16. Januar. In dem Vorbericht zu dem vom Finanzminister Dr. Siegel heute dem preussischen Abgeord-netenhaus vorgelegten Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 heißt es u. a.:

Der Staatshaushaltsplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit

6 546 689 278 Mark

ab. Die Schlussummen erhöhen sich gegen den Haushalt des laufenden Rechnungsjahres um 1 355 933 557 M.

In der Annahme, daß der Krieg am 1. April 1918 noch fortdauert, hat die durch das Gesetz vom 8. Juni 1916 bewilligten Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergän-zungssteuer mitveranschlagt, gleichzeitig aber auf Grund des § 3 dieses Gesetzes von dem Gesamtanfall an Ein-kommensteuer und an Ergänzungssteuer 100 000 000 M. zur Deckung der Höchstbeträge des Rechnungsjahres 1914 und der nächstfolgenden Rechnungsjahre abgeleitet worden. Ohne diese Abziehung würden die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1918 das Gleichgewicht halten. Dieses

günstige Ergebnis

konnte angefaßt der steigenden Ausgabebedürfnisse aus Anlaß des Krieges — an Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungs-erlagen für Beamte usw. sind allein 370 000 000 M. neu vorzulegen — nur durch Erhöhung neuer Steuern zu erzielen werden. In diesem Zweck hat bei der Einnahmevermehrung, die an den Mehrausgaben aus Anlaß des Krieges in erster Linie besteht, ist eine allgemeine

Erhöhung der Einkommen- und Gütersteuer

in Aussicht genommen, wovon eine Mehrerhebung von 280 Millionen Mark erwartet wird. Umweshin zwingt die erwähnte Abhebung zu, die Einnahmen um 100 000 000 Mark zu ergänzen. Deswegen ist ein Betrag von gleicher Höhe als außerordentliche Einnahme eingestellt, die vor-zweckmäßig eines etwaigen Gelehes, durch welches Entschä-digungen nach Aufgabe des Gelehes über die Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer aus weiterhin zur Deckung von Höchstbeträgen des Staatshaushaltes zur Verfügung gestellt werden, durch

Gefangenenbehandlung in Frankreich.

Die geplante Anwendung von Repressalien gegen Frankreich. — Die Fortsetzung der Debatte über Breslau-Litowitz.

Der Hauptausgang des Reichstages nahm Dienstag nachmittag seine Beratungen wieder auf.

Der Ausschuss wendet sich der Beratung der Gefangenenbehandlung in Frankreich zu.

Abg. Eglberger (Cz.) erklärt, die Repressalien gegen die französischen Maßnahmen für herbeizuführen, trat nach der Zahl der Gefangenen und mündigt Auskunft über die Verhandlungen in Bern. Wie steht es mit dem Aus-tausch von Familienvätern mit mehr als drei Kindern, die achtzehn Monate in Gefangenschaft sich befinden? In demselben Widerstand ist der großzügige Plan des Gefangenen-austausches nicht gefestigt, das soll alle Welt wissen. Abg. Eglberger erklärt die Zahl der Gefangenen über die Gefangenenbehandlung größer als in Frankreich. Es wird darüber wohl gegen Frankreich bestehen bleiben, wenn unsere Gefangenen erit zurückkehren.

General Friedrich: Leider ist richtig, daß Frank-reich mit hinten ansetzt in der Behandlung der Gefangenen; in der

bemüht schlechten Behandlung sogar hinter England.

Der Reichstagler hat ausgesprochen, daß wir unsere Söhne nicht ungestraft der brutalen Behandlung ausgesetzt sein wollen. Wenn es nicht anders wird, greifen wir zu Repressalien. Unsere Repressalienaktiviät war bisher stets richtig. Repressalien waren notwendig, weil die Fran-jozen nicht geneigt sind, die Verschleppten aus Etsch-Verbringen herauszugeben. Noch stehen vielleicht 600 solcher in Frankreich, Redner gibt Mitteilungen über die Repressalien, die durchgeführt werden sollen, bis wir unser Ziel erreicht haben. Die französischen Mütter und andere Angehörige werden sehr, sehr haben ein gutes Gemüth. Ich selbst, fährt der Redner fort, habe mit Kindern viel verhandelt und erinnere mich gern an die erfolgreichen Verhandlungen mit den Eng-ländern und Kufen. Die Ergebnisse zeigen sich jetzt schon in erfreulicher Weise. Nie kam ein Mütter in die Verhand-lungen. Anders in Bern. Die Franzosen leiteten in jeder Weise Widerstand; direkte Verhandlungen an einem Tisch lehnten sie ab. Häufig empfanden wir

die Unwürdigkeit dieses Verhandlungs-modus.

Aber wir blieben um der Sache willen. Jetzt sind Anzeichen in der Presse einer besseren Einigkeit hervorgetreten. Trotz allem Widerstand ist in Bern erreicht worden, daß die Schweiz die Internierung auf eine bessere Grundlage stellen kann. Demnach machten wir einen neuen Austausch-vorschlag, bei dem wir, wie die Schweizer anerkannten, den Franzosen großes Entgegenkommen zeigten.

Ausführliche werden in Frankreich gramim bestraft, während wir mit England ein billiges Abkommen haben. Jetzt haben wir ein Abkommen über das Sächsisch der Arreststrafe und die Art der Wobstung erreicht, das hoffentlich ratifiziert werden wird. Frankreich soll sich in seinem Zweifel befinden, daß, wenn es nicht zur Benuzt kommt, es letzten Endes selber den Schaden haben wird, denn wir haben mehr Gefangenen gefangen als die Fran-jozen Deutsche. Wir lassen in an der e r a n k e i t e r nicht in Etsch und werden vor Repressalien nicht zurück-schrecken.

Abg. Prinz zu Schoenaich-Carolath (Nl.): So traurig die Lage immer noch ist, eine gewisse Besserung ist doch eingetreten. Leider ist den Zuführungen der fran-zösischen Regierung wenig zu trauen.

Abg. Freilber von Camp (D. Fr.): Den Franzosen kann man nur mit scharfen Mitteln befeimmen. Warum hat man bis jetzt gewartet? Das bisherige Fögern macht unserer Humanität alle Ehre, aber man soll zugreifen, ehe es zu spät ist.

Anleihe

zu beschaffen ist. Bei den Ausgaben, soweit es sich um seine Verbindlichkeiten und um Ausgaben aus Anlaß des Krieges handelt, ist wieder größte Zurückhaltung geübt. Nun in bezug auf die Umwandlung und Schaffung neuer plan-mäßiger Stellen konnte bei der langen Dauer des Krieges die frühere grundsätzliche Zurückhaltung nicht länger auf-rechterhalten werden. Eine weiteregehende Errichtung neuer Beamtenstellen war schon wegen der geplanten allgemeinen Verwaltungsreform zu vermeiden, zu deren wichtigsten Auf-gaben die Vereinfachung des Behördenapparates und die Verminderung der Zahl der Beamten zu rechnen ist.

An der Spitze der Beratungen, die einen Mehr-zweckszweck erwarten lassen, steht die

Verordnung der direkten Steuern

mit einem Mehrüberbehuf von 184 718 100 M. Neu vor-gesehen sind die Stellen für 40 Katasterassistenten, 1 Rent-meister und 9 Korrigende der Veranlagungs-Kommissionen.

Es folgt die Fortsetzung mit einem Mehrüberbehuf von 29 198 000 M. Die Einnahme für Holz ist um 31 400 000 Mark höher angelegt. Für 235 Fortverleugungsberechtigte Anwärter, die sechs Jahre und länger sich im Weisse des Fortverleugungsbereichs befinden, sind neue Stellen für Förster ohne Kinder und als Fortschreiber vorgesehen.

Die Errichtung der Hölle und waldreichen Steuern läßt einen Mehrüberbehuf von 17 884 965 M. erwarten. Neue Stellen sind vorgesehen für 1 Oberzollinspektionsmitglied und 2 Oberzollinspektoren.

Bei der Seehandlung wird ein Mehrvertrag von 12 540 500 M. erhöht. Neue Stellen werden angefordert für 3 Buchhalter, 6 Kassenspektoren und 4 Zähler.

Bei der Domänenverwaltung ist ein Mehrüberbehuf von 2 885 960 M. veranschlagt. Es kommen in bezug auf eine Domäne, in Wogang drei Domänen, davon zwei durch Ab-tretung an die Anstellungs-Kommission für Westpreußen und Polen.

Der Mehrbehuf der Postverwaltungen erscheint um 880 542 M. höher.

An den Ministerüberbehufen ist die Eisenbahn-verwaltung mit 152 422 383 M. beteiligt. Die ordentlichen Einnahmen sind unter Mitberücksichtigung der Tarif-erhöhungen um 885 340 000 M., die dauernden Ausgaben

Abg. Stüden (So.): Den Wunsch nach einer Dent-schrift teilen wir. Das

Verhalten der Zivilbevölkerung in Frankreich ist standlos, vom Militär gilt dies weniger.

Abg. Dr. Cohn (H. So.) will gegen die Repressalien im allgemeinen nicht lazen, aber der Kreis der davon Be-zehrten muß so eng gezogen werden, wie irgend möglich und erforderlich, um den angestrebten Zweck zu erreichen.

Abg. Dr. Koeide (Nl.): Die schlechte Behandlung der Gefangenen in Frankreich ist leider Tatsache und zeigt den besonderen Charakter der Franzosen und die geringen Aussichten auf Verständigung mit ihnen. Wir kommen nur mit scharfen Repressalien weiter. Leider kommt diese Ueber-zugung und der Entschluß der Heeresverwaltung reichlich spät. Jetzt muß er rückwärts durchgeführt werden.

General Friedrich wiederholt nochmals, daß Breslau-Litowitz nicht erfüllt sind. Wir werden aber nicht ruhen, bis dies geschehen ist. Die

französische Ritterlichkeit ist Genis,

der Engländer ist ganz anders. Hierin verweigert sich die germanische Rasse nicht. Eine Demüthigung wird in der ge-wünschtesten Weise herbeigeführt werden.

Damit ist die Verhandlungsgegenstand erschöpft.

Geschäftsordnungsdebatte.

Zur Geschäftsordnung wird von fort-schrittlicher Seite angeregt, die nun schon so lange unterbrochene politische Debatte wieder aufzunehmen.

Obwohl der Reichstagler verhindert sei, morgen zu er-scheinen, so forderten die Ereignisse der letzten Zeit, die all-gemeine Erregung der Öffentlichkeit über eine veränderte Stellungnahme der Regierung und vieles andere zu einer ausführlichen Erörterung und Klarstellung im Ausschuss heraus.

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von dem Ausschuss gibt im Namen des Reichskanzlers die Er-klärung ab, daß neue Instruktionen an Herrn von Kühl-mann nicht ergangen sind, daß also die umlaufenden Ge-rüchte keine sachliche Unterlage haben.

Von konservativer Seite wird hervorgehoben, daß die Diskussion über Breslau-Litowitz angefaßt der wechselnden Lage sachlich schwierig sein würde. Andere Erwägungen lassen allerdings eine Ausrede erwünscht erscheinen, dazu gehören z. B. die Haltung und die Meinungen des „Vorwärts“.

Ein nationalliberaler Redner betont, daß in der früheren Debatte mehrere Parteien gar nicht zum Wort gekommen sind. Wenn die Regierung seine Bedenken hat, so würde eine baldige Fortsetzung sehr erwünscht sein. Die Presse hat sich überhaupt in letzter Zeit wenig zurückhaltend und distanzlos gezeigt; ein Vorwurf allein gegen die annektonische Presse ist ungerührt.

Auch von anderen Rednern wird gleichfalls die Wieder-entnahme der politischen Debatte aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus empfohlen.

Unterstaatssekretär von dem Ausschuss: Der Wunsch des Reichskanzlers geht dahin, die

politische Debatte noch zu verziehen, weil sie im gegenwärtigen Augenblick ungewinnlich sein würde.

Im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte werden von mehreren Rednern sachliche Momente berührt. Man ver-zehnt sich nach weiterer Ausprache dahin, da durch die Erklärung des Unterstaatssekretärs im Hauptpunkte Klar-heit geschaffen sei, die politische Debatte morgen nicht statt-finden zu lassen.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehen die Fragen der Juangs-Liquidation in Etsch-Verbringen und der Saisonarbeiter.

ohne Zinsen- und Tilgungsbeträge und ohne Ausgleichs-fonds und 978 730 000 M. höher veranschlagt.

Die Bergverwaltung weist einen Mehrüberbehuf von 2 205 286 M. auf. Durchlaufend in Einnahme und Aus-gabe erscheint die Kohlensteuer mit 80 300 000 M.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung erfordern einen Mehrbedarf von 26 458 669 M.

Auf die öffentliche Schuld entfällt ein Mehrbedarf von 20 603 481 M. Zur Verzinsung und Tilgung sind 21 992 822 Mark und 11 357 944 M. anzulassen 33 850 766 M. mehr erforderlich, dem eine Mehrerhebung von 6 775 693 M. und 5 958 383 M. anzulassen 12 734 076 M. als Anteil der Berg-verwaltung und der Eisenbahnverwaltung an der Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld gegenübersteht. Neue Stellen für 1 Militärliege und 64 mittlere, Kanale- und Unterbeamte.

Das Finanzministerium erfordert einen Mehrbedarf von 133 570 566 M., der sich aus der Entlohnung der

Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungsulagen

für Beamte usw. erklärt. Im ganzen werden für diesen Zweck 370 000 000 M. angefordert, davon für Beamte und Volkskassenhelfer 330 000 000 M., für Geheilte 10 000 000 Mark und für Beamte und Volkskassenhelfer des Ruhestandes sowie für Hinterbliebene von Beamten und Volkskassenhelfern 30 000 000 M.

Zur den Beständen der Bergverwaltung, der Eisenbahnverwaltung und der Zuckerverwaltung er-scheiden von den Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungs-ulagen für Beamte 216 641 000 M., von den Kriegsbeihilfen für Beamte des Ruhestandes und für Hinterbliebene 17 350 000 M., während für alle übrigen Verwaltungen die Mittel im Extraordinarium des Finanzministeriums aus-gebracht sind. Ferner erscheinen hier wieder 535 000 M. als Zuschuß zu den Fonds für Interimverrichtungen an Beamte aller Verwaltungen mit Ausschluß der Bergverwaltung, der Eisenbahnverwaltung und der Zuckerverwaltung, und 3 000 000 M. als Zuschuß zu den Fonds aller Verwaltungen für Unternehmungen an frühere staatliche Lohnempfänger und an Hinterbliebene von Lohnempfängern. Gebälter für neue Stellen für 10 Registerassistenten, 65 Sekretäre und 30 Kan-zlisten.

Bei der Justizverwaltung ergibt sich ein Mehrbedarf von 41 329 800 M. Höher veranschlagt sind die Bestands-fonds der Landgerichte und Amtsgerichte namentlich insolge